

## Landespressekonferenz Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW) am 8. September 2021 in Stuttgart

### Das Schuljahr 2021/2022 beginnt Bildungschancen im dritten Schuljahr unter Corona

### Statement der GEW-Landesvorsitzenden Monika Stein

#### Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Anwesende,

am 13. September 2021 beginnt das dritte Schuljahr, das durch die Corona-Pandemie geprägt ist. Wir müssen uns alle die Frage stellen, was die Schulen brauchen, um Schüler\*innen auch während der immer noch andauernden Pandemie gute Bildung zu bieten. Corona ist aber nicht alles. Zum ersten Mal in der Geschichte ist das Kultusministerium (KM) mit Ministerin Theresa Schopper in grüner Hand. Wir haben hohe Erwartungen an eine grüne Kultusministerin und wollen, dass Bildung nach fünf Jahren Stillstand jetzt vorankommt und Priorität in der Landespolitik hat.

**Dies ist meine erste PK als Landesvorsitzende und ich freue mich jetzt schon auf weitere – und natürlich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.**

Meine Themenschwerpunkte für heute sind:

- 1. Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen 2021/22 und Erwartungen an Rückenwind**
- 2. Bildungsgerechtigkeit / Chancengerechtigkeit**
- 3. Unterrichtsversorgung und Lehrkräfteeinstellung**
- 4. Weitere Themen, u.a.:**  
*Situation Vorbereitungsklassen, SL-Situation, ZSL und IBBW, Digitalisierung*

#### **1. Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen 2021/22 und Erwartungen an Rückenwind**

Die Bildungsgewerkschaft GEW will, dass die Kinder und Jugendlichen in diesem Schuljahr so viel Präsenzunterricht wie möglich erleben können. Damit das gelingt, sind viele der Maßnahmen der Landesregierung notwendig und richtig. Aber es braucht noch mehr.

Richtig und wichtig sind die von niemandem gern getragenen, aber Sicherheit bringenden **Masken** in allen Situationen in geschlossenen Räumen, in denen ein Abstand von 1,50 Metern nicht eingehalten werden kann. Dies betrifft den Unterricht sowie den Aufenthalt auf den Fluren und in Toilettenräumen. In unseren Augen ist die Maske im Freien, also auf Pausenhöfen und bei Unterrichtsgängen

nicht erforderlich, wenn die Kinder und Jugendlichen sensibilisiert bleiben, dass es sinnvoll ist, den Abstand zu wahren.

**Regelmäßige Tests** sind wichtig, um Infektionen zu erkennen. Durch eine schnelle Erkennung und Quarantäne von Infizierten können viele mögliche Infektionen verhindert werden. Besonders sicher sind PCR Testungen. Um den Aufwand für die Labore so gering wie möglich zu halten, haben sich PCR Pool-Tests wie Lolli-Tests bewährt. Sie sind niederschwellig anwendbar und erkennen Infektionen mit größerer Sicherheit als Schnelltests. Die Schulen müssen aber bei der organisatorischen Abwicklung der Tests entlastet werden. Wir erwarten, vor allem auch angesichts der neuen Quarantäneregelung, dass **nur noch PCR-Tests** eingesetzt werden und die Schulen schnell mit Tests versorgt werden.

Regelmäßiges Lüften ist unerlässlich, um einerseits infektiöse Aerosole aus der Luft zu bekommen und andererseits genügend Sauerstoff in die Räume zu lassen.

Wenn wir aber viel Präsenz mit möglichst wenigen Ansteckungen erreichen wollen, brauchen wir mehr Räume mit **Luftreinigungsgeräten**. Alle Räume, in denen sich unter 12-jährige aufhalten, müssen damit ausgestattet sein. Inzwischen herrscht auch in der Wissenschaft eine große Übereinstimmung, dass mobile Luftreinigungsgeräte, richtig dimensioniert und angewendet, grundsätzlich wirksam sind und bis zu 90 Prozent der Aerosole aus der Luft filtern. In der Praxis zeigt sich, dass das Lüften in der kalten Jahreszeit nicht konsequent umgesetzt werden kann oder dass es in den Klassenzimmern sehr ungemütlich wird. Die Luftreinigungsgeräte sind also eine notwendige und lohnende Investition. (eine Quelle: <https://www.swr.de/wissen/luftreiniger-fuer-schulen-100.html>)

Ich bin den **Lehrkräften und Erzieher\*innen** sehr dankbar für ihre enorm **hohe Impfbereitschaft**, die zu einer Impfquote führt, die weitaus höher ist als im Durchschnitt der Bevölkerung. Dadurch beweisen sie ihr Engagement und Verantwortungsbewusstsein für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Unsere Umfragen ergeben (auch bundesweit), dass 80 bis 95 Prozent der Lehrkräfte vollständig geimpft sind.

Niederschwellige Möglichkeiten für **Impfungen von Schüler\*innen über 12 Jahren** müssen angeboten werden. Wenn die Landesregierung es schafft, genügend mobile Impfteams auf den Weg zu schicken, können und sollten Impfkaktionen auch an Schulen stattfinden. Informationen zum Impfen für Schüler\*innen und vor allem für deren Eltern müssen in leichter Sprache und in verschiedenen Sprachen bereits am ersten Schultag in den Schulen vorliegen, damit diese Informationen alle Schüler\*innen und Familien erreichen. Links zu bisher bekannten Informationen reichen dafür bei weitem nicht aus. Die Informationen zum Sinn und der Notwendigkeit des Impfens erreichen vor allem bildungsferne und besonders belastete Familien noch nicht ausreichend. Auch Kinderärzt\*innen erreichen bei Weitem nicht alle. Wir hoffen sehr, dass das Sozialministerium das in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium rechtzeitig auf den Weg bringt. **Land und Schulträger müssen für mobile Impfteams zumindest an Schulzentren sorgen**, damit die Impfung zu den Kindern und Jugendlichen kommt, die sich impfen lassen wollen. Wir erwarten, dass dabei die Schulträger mehr Verantwortung für die Organisation übernehmen. Schulleitungen haben mehr als genug damit zu tun, die ersten Schulwochen zu organisieren.

Auch die Impfkampagne für Erwachsene muss intensiviert werden. Bundes- und Landesregierung sind dafür verantwortlich, niederschwellig über Risiken und Nutzen von Impfungen aufzuklären. Unkonventionelle Impfangebote, wie sie von Kommunen – oft in Kooperation mit anderen gesellschaft-

lichen Kräften – möglich gemacht wurden, sei es vor Supermärkten, in Reisebüros oder ähnlichem, muss es weiterhin geben, um alle Impfbereiten auch zu erreichen.

Wir erwarten auch **mehr Kreativität vom Sozialministerium**, um die Schüler\*innen an weiterführenden Schulen und Beruflichen Schulen zum Impfen zu motivieren, indem zum Beispiel Social-Media-Plattformen bespielt werden. Wie wäre es zum Beispiel mit dem „**Lucha-Schüler\*innen-Döner-Gutschein**“ (natürlich auch für die vegetarische Variante), den alle Schüler\*innen bei einer Impfung bekommen?

Was in diesem Zusammenhang mit der Abfrage des Impfstatus von Erzieher\*innen und Lehrkräften gewonnen werden soll, erschließt sich uns nicht. Es trägt nicht zu erhöhter Sicherheit bei, wenn bei einer von 26-29 Personen im Raum klar ist, ob sie geimpft ist oder nicht. Stattdessen wird Verwaltungsaufwand für die Schul- und Einrichtungsleitungen geschaffen, indem sensible Gesundheitsdaten erfragt und gespeichert werden sollen. Das lehnen wir ab. Es ist aber gut, dass alle Lehrkräfte, die bisher nicht geimpft oder genesen sind, täglich getestet werden und auch alle geimpften und genesenen Lehrkräfte täglich die Möglichkeit für freiwillige Tests haben.

Wir begrüßen, dass Praktika, Ausflüge und Lerngänge wieder stattfinden können. Hinter den Kindern und Jugendlichen liegt eine schwierige Zeit, sie hatten deutlich zu wenig Kontakt zu Gleichaltrigen. Lernen und Erfahrungen machen mit Gleichaltrigen war monatelang nicht möglich. Nicht nur Präsenzunterricht hat gefehlt, sondern vieles von dem, was Schule sonst noch ausmacht: Die Schule als sozialer Lebensraum, als Begegnungsort war für viele Monate eingeschränkt. Darum ist es so wichtig, dass soziales Lernen, Gruppenfindung und gemeinsame Erlebnisse wieder möglich sind. Insbesondere zur Unterstützung der vielen Kinder und Jugendlichen, bei denen sich in den vergangenen eineinhalb Jahren sozial-emotionale Defizite entwickelt haben oder die psychische Probleme haben, braucht es niederschwellige Angebote. Dies kann durch einen schnellen **Ausbau der Schulsozialarbeit** erfolgen. Es sind aber auch mehr **Schulpsycholog\*innen** notwendig, die für Schüler\*innen mit Unterstützungsbedarf ausreichend Kapazitäten haben und mit denen Kontaktaufnahme problemlos und niederschwellig möglich ist.

Der Unterricht darf nicht von Leistungsdruck geprägt sein und sich auf fachliche Lernlücken konzentrieren. Es muss darum gehen, Kompetenzen, die in den vergangenen zwei Schuljahren erworben wurden, zu würdigen und zu erhalten und Förderung zu ermöglichen, wo sie notwendig ist. Diese Förderung muss in Kleingruppen und parallel zum Unterricht möglich sein. Das zusätzliche Personal dafür sollte über das Projekt Rückenwind an die Schulen kommen. Es darf nicht sein, dass Schüler\*innen mit Unterstützungsbedarf zusätzlich zum normalen Unterricht noch Angebote wahrnehmen sollen, die an späten Nachmittagen oder am Wochenende liegen. **Die notwendige Unterstützung muss integriert in den Schulalltag möglich gemacht werden.**

Beim Lernbrücken-Programm in den Sommerferien ist ein Teil der angemeldeten Schüler\*innen nicht erschienen. Das zeigt die Schwierigkeit, mit freiwilligen Angeboten in der Freizeit diejenigen zu erreichen, die sie besonders brauchen.

Durch das Projekt „**Lernen mit Rückenwind**“ will die Landesregierung die Schulen für die kommenden zwei Schuljahre stärken und bei der Personalgewinnung unterstützen, so dass individuelle Förderung in Kleingruppen ermöglicht werden soll. Die Landesregierung muss sich daran messen lassen, ob die erforderlichen 20.000 bis 30.000 Personen mit pädagogischen Vorkenntnissen gefunden werden können. Nur wenn dies gelingt und an allen Schulen auch fernab der Uni- oder PH-Städte die not-

wendige personelle Unterstützung ankommt, kann das Programm zur Unterstützung von Schüler\*innen zu einem Erfolg werden. Wichtig ist aus Sicht der GEW eine personelle Kontinuität: Es darf keine ständigen Wechsel der Personen geben, die den Schulen zur Unterstützung zur Verfügung stehen. Schüler\*innen mit Unterstützungsbedarf müssen Beziehungen zu den Personen aufbauen können, die mit ihnen arbeiten. Wenn es um sozial-emotionale Förderung geht, ist dies noch sehr viel wichtiger. Vor allem muss gewährleistet sein, dass genügend Fachpersonal wie Schulsozialarbeiter\*innen und Schulpsycholog\*innen zur Verfügung steht, um diesen Bedarf aufzufangen. Die Unterstützungsangebote der nächsten Monate und Jahre müssen in enger Kooperation mit der Wissenschaft erfolgen und immer wieder daraufhin geprüft werden, ob die Schüler\*innen jeweils die Unterstützung erhalten, die sie auch tatsächlich brauchen.

Wenn Rückenwind ein Erfolg werden soll, muss eine weitere Mehrbelastung der Schulleitungen auf das absolut unvermeidbare Minimum beschränkt werden. Auch hier ist mehr Unterstützung, auch durch die Schulträger, wie zum Beispiel ein schneller Ausbau der Schulsekretariate notwendig, um die **Schulleitungen arbeitsfähig zu halten**. Bereits jetzt klagen viele Schulleitungen über massive Überlastung. Die im Koalitionsvertrag versprochene kurzfristige Prüfung, ob die Schulleitungen durch eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung entlastet werden können, lässt die Landesregierung offensichtlich still und leise im Sand verlaufen. Viele Schulleitungen denken daran, ihr Amt aufzugeben, die Gewinnung neuer Bewerber\*innen für freie Stellen wird noch schwieriger als sie es ohnehin schon ist.

Auch die Lehrkräfte sind durch die Corona-Pandemie in den vergangenen zwei Jahren besonders belastet. Jetzt dürfen keine vermeidbaren Zusatzbelastungen bei ihnen landen, wie zum Beispiel durch die **Bildungsplanüberarbeitung in den Naturwissenschaften für Sekundarstufe 1 und Gymnasien**. Die Arbeiten an den Kerncurricula, die durch die Koordinierung der Anforderungen im Bereich des Abiturs notwendig werden, dürfen nicht auf die Kolleg\*innen vor Ort abgewälzt werden. Ein Gremium von Fachberater\*innen sollte einen landesweit gültigen Vorschlag erarbeiten und den Sekundarschulen und Gymnasien zur Verfügung stellen.

Eineinhalb Schuljahre lang gab es keine Möglichkeit zur **Berufsorientierung** durch Praktika. Dadurch haben zwei Jahrgänge die Schulen verlassen, ohne die volle Berufsorientierung durchlaufen zu haben. Sie konnten sich nur digital und theoretisch mit Berufen auseinandersetzen, aber Praktika oder Betriebsbesichtigungen in Präsenz waren nicht möglich. Viele Jugendliche sind deshalb aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen worden, ohne eine klare Vorstellung zu haben, was der für sie richtige Weg ins Berufsleben sein kann. Die **beruflichen Schulen** konnten viel auffangen, aber es ist essentiell, dass jetzt wieder Berufsorientierung vor Ort, mit Praktika und in Präsenz stattfinden kann.

## 2. Bildungsgerechtigkeit / Chancengerechtigkeit

In den **Grundschulen** wird der Grundstein gelegt für den schulischen Werdegang von Kindern. Hier gehen sie die ersten Schritte in unserem Schulsystem, hier ist die Heterogenität am größten, Inklusion kein Fremdwort, das Deputat der Lehrer\*innen am höchsten und ihre Bezahlung am schlechtesten, wenn die Fach- und technischen Lehrkräfte nicht berücksichtigt werden. Wer den Satz „**Auf den Anfang kommt es an**“ ernst meint, muss hier ansetzen. Grundschulen müssen besser fördern können. Sie haben keine Stunden zur Differenzierung oder zur individuellen Förderung. Grundschulen brauchen verbindliche Poolstunden, in denen sie je nach Bedarf für Lese-Rechtschreibförderung, mathematisches Verständnis, Sprachförderung oder was sonst notwendig ist, Schwerpunkte legen

können. In den Schularten der Sekundarstufe gibt es diese Poolstunden – bis zu 3,5 Stunden pro Klasse. Dass ausgerechnet bei der Grundschule hier nichts eingestellt wird, ist definitiv am falschen Ende gespart. Es ist beschämend, dass Baden-Württemberg beim Verhältnis der Schüler\*innen zu den Lehrkräften immer noch auf dem 16. Platz der 16 Bundesländer liegt. Wir schlagen wie zuletzt für die Realschulen einen **Stufenplan vor, bei dem die Grundschulen mit Förderstunden in der Pflichtstundentafel ausgestattet werden**. 2022 soll mit jährlich 3 Stunden gestartet werden, das Ziel sind 12 Stunden pro Zug.

Die Grünen hatten bereits 2011 mit dem Slogan „Auf den Anfang kommt es an“ Werbung für ihre Bildungspolitik gemacht. Eine grüne Kultusministerin kann jetzt zeigen, dass das ernst gemeint war und dafür sorgen, dass die Grundschule nicht weiter die einzige Schulart in Baden-Württemberg bleibt, die keine einzige zusätzliche Stunde für Förderangebote oder weitere Angebote wie Arbeitsgruppen erhält.

Der Bildungserfolg eines Kindes ist immer noch viel zu stark an das Elternhaus gekoppelt. Wenn wir den Bildungserfolg unabhängig vom Bildungsgrad und Wohlstand der Eltern machen wollen, müssen wir flächendeckend für **gute, gebundene Ganztagschulen** sorgen. Gute Ganztagschulen sind gut mit Lehr- und anderen Fachkräften ausgestattet, arbeiten rhythmisiert in Räumen, die dafür geeignet sind. Außerschulische Partner sind mit einbezogen, sozialpädagogische Kompetenz der Jugendhilfe ist von Beginn an der pädagogischen Konzeptentwicklung und Gestaltung der Ganztagschule beteiligt. So können alle Kinder bestmöglich gefördert werden und finden die Rahmenbedingungen vor, die sie zum Lernen brauchen. Dafür muss auch der jahrzehntelange Schulversuch beendet und die Ganztagschule auch in der Sekundarstufe im Schulgesetz verankert werden. Um eine qualitativ gute Ganztagschule flächendeckend zu ermöglichen, müssen dringend die **Ausbildungskapazitäten für Erzieher\*innen und Studienplätze für Grundschullehrkräfte erhöht werden**. Spätestens seit der Veröffentlichung der Bertelsmann-Studie vor zwei Wochen ist bekannt, welcher enorme Fachkräftemangel derzeit herrscht und dass eine deutliche Anstrengung zur Gewinnung und Ausbildung von Erzieher\*innen und Pädagog\*innen der frühen Kindheit unternommen werden muss. Übrigens **fehlen auch an den Beruflichen Schulen und in den Fachschulen für Sozialpädagogik Lehrkräfte**, um mehr Erzieher\*innen ausbilden zu können. Die Studienplätze dafür sind ebenfalls auszubauen.

Die Grünen besetzen mit dem Kultus, dem Wissenschafts- und dem Finanzministerium erstmals die drei wichtigen Ressorts, mit denen sie die Weichen für eine bessere Bildung stellen können. Ausreden und der Verweis auf einen unwilligen Koalitionspartner gelten nicht mehr. Der Ganztagsausbau kann nur gelingen, wenn Wissenschaftsministerin Theresia Bauer noch im nächsten Jahr zusätzliche Studienplätze für Grundschullehrkräfte und Sonderpädagog\*innen schafft, wenn Kultusministerin Theresa Schopper die Ausstattung der Schulen und die Bezahlung der Lehrkräfte verbessert und Finanzminister Danyal Bayaz zeigt, dass die Schuldenbremse notwendige Investitionen in die Bildung und damit in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht verhindert.

Die **SBBZ (Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren)** und damit auch die inklusiven Bildungsangebote an den allgemeinen Schulen sind beschämend schlecht ausgestattet. So wird das schulisch und gesellschaftlich sinnvolle und wichtige Konzept der Inklusion an die Wand gefahren. Bei den derzeitigen Bedingungen kann das Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung nicht erfüllt werden. Zu strukturell fehlenden Stellen für Sonderpädagog\*innen kommt ein massiver Mangel an Bewerber\*innen für freie Stellen.

Die Eingangsstufe der **Realschulen** muss dringend umgestaltet werden, so dass auch in verschiedenen Niveaus unterrichtet werden kann und die Bewertung nicht auf das M-Niveau festgelegt ist. Außerdem müssen die Realschulen weiter für die Aufgabe, mit der heterogensten Schülerschaft in der Sekundarstufe umzugehen, gestärkt werden. Dafür sind Ressourcen für Konzepte und Schulentwicklungsprozesse erforderlich.

Die Corona-Pandemie hat noch deutlicher gemacht, was schon zu lange so ist: In unserem Land herrscht **Chancenungleichheit**. Während manche Schüler\*innen den Beginn des Fernunterrichts mit eigenem PC, Drucker und stabilem Internet in einem eigenen Zimmer erlebt haben, mussten andere versuchen ohne Internet, ohne digitales Endgerät oder ohne stabile Internetverbindung, mit einem unter mehreren Personen geteilten Smartphone und in sehr beengten Wohnverhältnissen dem Fernunterricht zu folgen und sich nicht komplett abhängen zu lassen. Ebenso hatte es deutliche Auswirkungen, ob die häusliche Situation Sicherheit bietet oder leider nicht, ob die Eltern bei Fragen zu Unterrichtsinhalten helfen konnten oder im Gegenteil selbst Unterstützung bei Behördenkontakten oder ähnlichem brauchten. Die Bildungsnähe und der finanzielle Hintergrund der Eltern spielt dabei auch eine deutliche Rolle, zum Beispiel wenn es darum geht, ob Nachhilfeunterricht möglich ist oder der Besuch von Lernbrücken zum Aufholen versäumten Stoffes als sinnvoll und unterstützenswert angesehen wird. So ging die Schere zwischen bildungsbenachteiligten Schüler\*innen und denen mit guten Startbedingungen in den vergangenen beiden Schuljahren deutlicher auseinander als vorher.

Aber auch die Voraussetzungen der Schulen hatten einen großen Einfluss auf die auseinandergehende Schere: Schüler\*innen der meisten Gemeinschaftsschulen konnten mit dem Fern- und Wechselunterricht leichter umgehen als viele **andere, weil Ausstattung, Ganztage** und die Pädagogik besser kompatibel waren – auch andere Schularten können von diesen Erfahrungen profitieren.

### 3. Unterrichtsversorgung und Lehrkräfteeinstellung

Im Landesschnitt gilt: Berufliche Schulen, die Schulen der Sekundarstufe 1 und ganz besonders Grundschulen und die SBBZ starten mit zu wenig Personal ins neue Schuljahr.

In Ihren Unterlagen finden Sie Informationen zu den **Einstellungszahlen**.

Bereits vor der Zuteilung von Lehrkräften besteht an den **SBBZ ein strukturelles Defizit** von 10 Prozent, so dass eine vollständige Unterrichtsversorgung entsprechend dem Bildungsplan gar nicht stattfinden kann. Zudem erleben wir eine Verschärfung des jahrelangen Fachkräftemangels im Bereich Sonderpädagogik, so dass die Situation an den SBBZ und in der Inklusion im kommenden Schuljahr deutlich schlechter ist als in vergangenen Schuljahren. Die GEW weist seit Jahren auf den bestehenden und von Jahr zu Jahr größer werdenden Fachkräftemangel hin. Bisher hat auch die dritte grün geführte Landesregierung noch kein Konzept vorgelegt, wie die Unterrichtsversorgung für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung verbessert werden soll. So können und dürfen wir die Kinder, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, nicht behandeln. Mit den pädagogischen Profis, die in diesen Bereichen arbeiten, dürfen wir auch nicht länger so umgehen. Die Selbstausschöpfung, die notwendig ist, um den Bildungsanspruch dieser Kinder so weit wie möglich zu erfüllen, wird offenbar vom Arbeitgeber vorausgesetzt. Daher muss dringend in kurzfristige Qualifizierungsmaßnahmen für diejenigen investiert werden, die nicht ausgebildete Sonderpädagog\*innen sind, aber dankenswerterweise an den SBBZ oder in der Inklusion arbeiten. Auch die berufsbegleitende Qualifikation anderer Lehrkräfte muss mit einer bezahlten Freistellung für das Aufbaustudium dringend attraktiver ge-

staltet und ausgebaut werden. Die Studienplätze für das grundständige und das Aufbaustudium Sonderpädagogik müssen sofort aufgestockt werden, damit in Zukunft die Lücke geschlossen werden kann.

Kurzfristig schlagen wir vor, dass die Landesregierung ab 2022 ein Modell anbietet, mit dem Lehrkräfte anderer Lehrämter bei vollen Bezügen bzw. einem Vertretungsvertrag an ein SBBZ abgeordnet und zu 75 Prozent für das sonderpädagogische Aufbaustudium teilbeurlaubt werden.

In den anderen **Mangelbereichen Grundschulen, berufliche Schulen und der Sekundarstufe 1** sowie den Mangelfächern (vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich) erwarten wir von Theresa Schopper zeitnah ein Konzept, wie **Bewerber\*innen für die vermeintlich weniger attraktiven Regionen** (inzwischen ganz Baden-Württemberg außer der Rheinschiene) gefunden werden können. Warum gibt es keine Anreizsysteme und kreative Lösungen, wie Bewerber\*innen dazu gebracht werden können, nicht nur für ihre bevorzugte Region zur Verfügung zu stehen? Die Modelle könnten jetzt entwickelt werden, um sie bei der Lehrkräfteeinstellung 2022 zu erproben.

Die Landesregierung ist auch noch keinen Schritt weiter, was die geringen Absolvent\*innenzahlen der Lehramtsstudiengänge angeht. Zu viele junge Menschen verschwinden zwischen dem 1. Semester und der Einstellung als Lehrkraft auf unbekanntem Wege. Wenn die Landesregierung nicht handelt, bleiben viele Schulen in Baden-Württemberg unterversorgt. Die Unterrichtsversorgung kann nur mit nicht ausgebildeten Lehrkräften aufrechterhalten werden.

Nur durch eine **Ausbildungsoffensive und attraktive Arbeitsbedingungen** kann gewährleistet werden, dass genügend Bewerber\*innen für alle Stellen zur Verfügung stehen werden. In der Hälfte aller Bundesländer wird für **Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen A 13 / E 13** bezahlt. Das Land Baden-Württemberg meint es sich immer noch leisten zu können, die Grundschullehrkräfte und die nicht neu eingestellten Lehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen nach A 12 bzw. E 11 zu bezahlen. Ein Irrglaube.

Bis der Lehrkräftemangel behoben ist, müssen **Qualifizierungsmaßnahmen für die sogenannten „Nichterfüller\*innen“** angeboten werden, damit sie sich berufsbegleitend neben der Tätigkeit in der Schule als Lehrkraft qualifizieren können. Auch die pädagogischen Assistenzen müssen eine langfristige Perspektive bekommen, als Lehrkräfte an den Schulen zu arbeiten. Auch für Lehrkräfte aus dem Ausland sollten deutlich mehr Anerkennungs- und Fortbildungsmaßnahmen ergriffen werden, um auch dieses Potential nicht ungenutzt zu lassen.

Durch die Arbeitsbedingungen und jetzt auch noch einmal verschärft durch die Belastungen der Corona-Pandemie arbeiten viele Lehrkräfte nicht bis zum Pensions- bzw. Rentenalter und gehen vorzeitig in Ruhestand. Wir haben in den vergangenen Wochen verstärkt Beratungsanfragen von Mitgliedern, deren Aussage oft so lautet: „Noch ein Corona-Schuljahr schaffe ich nicht. Lieber nehme ich Abzüge in Kauf und gehe früher und noch halbwegs gesund in den Ruhestand.“

Das Angebot der GEW an die Landesregierung, mit einer **höheren Altersermäßigung** mehr Lehrkräften zu ermöglichen, bis zur gesetzlichen Altersgrenze arbeiten zu können, wurde von Kultusministerin Susanne Eisenmann ignoriert. Wir hoffen auf neue Gespräche und sehen darin eine gute Möglichkeit, innerhalb des Systems zusätzliche Ressourcen für die Unterrichtsversorgung zu gewinnen. Das groß angekündigte Paket der letzten Kultusministerin zur Lehrkräftegewinnung ist weitgehend ohne Wirkung geblieben.

Im Juli 2021 waren **4.104 Personen in unseren Schulen befristet angestellt** – die meisten wurden am 29. Juli von der Landesregierung in die Arbeitslosigkeit geschickt. Das ist die höchste Zahl aller Bundesländer, von denen viele inzwischen diese Lehrkräfte auch in den Sommerferien bezahlen. Fast alle werden jetzt im September wieder gebraucht und eingestellt. Kultusministerin Theresa Schopper hat versprochen, dies im nächsten Jahr zu ändern. Wir hoffen, dass wir nächstes Jahr wieder zu unserem GEW-Sommerfest einladen können und werden dann mit Frau Schopper gerne darauf anstoßen, wenn sie das in der Koalition durchgesetzt hat.

In den Unterlagen finden Sie die in den vergangenen Jahren von der GEW beauftragten **Lehrkräftebedarfsprognosen** für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg. Es ist längst überfällig, dass das Kultusministerium regelmäßig solche Prognosen erstellen lässt und dabei auch errechnen lässt, wie viele Stellen wir brauchen, um Reformen wie den Ausbau des Ganztags oder der Inklusion möglich zu machen.

#### **4. Weitere Themen**

##### **Situation in den Vorbereitungsklassen**

Für Schüler\*innen der Vorbereitungsklassen war die Situation des Fernunterrichts besonders schwierig zu kompensieren. Mangelnde Sprachkenntnisse trafen auf oft beengte Wohnverhältnisse mit ungenügender digitaler Ausstattung – und das in der Phase, in der die direkte Begegnung mit deutschsprachigen Menschen besonders wichtig gewesen wäre. Dadurch sind vielen Schüler\*innen Lernfortschritte verloren gegangen, sie mussten mit der Frustration dieser Rückschritte fertig werden. Damit eine möglichst optimale Förderung dieser Schüler\*innen stattfinden kann, brauchen wir im kommenden Schuljahr und den kommenden Jahren passende Rahmenbedingungen: Lehrkräfte ohne Ausbildung und Erfahrung in VKL und VABO-Klassen müssen schnellstmöglich Fortbildungen angeboten bekommen. Quereinsteiger\*innen müssen pädagogisch weitergebildet werden und es müssen Folgefortbildungen angeboten werden.

Sprachsensibler Fachunterricht und DaZ muss für alle Fächer und alle Lehrämter im Studium als verpflichtender Inhalt verankert werden.

##### **Schulleitungen**

War es in den vergangenen Jahren bereits schwierig, Schulleitungsstellen zu besetzen, so hat Corona die Situation noch einmal deutlich verschärft. Seit März 2019 waren Schulleitungen im Dauerstress, mussten kurzfristig Anordnungen umsetzen, Sicherheitskonzepte entwerfen, sich fachkundig machen über Abstandsregelungen, Sicherheitsmaßnahmen in geschlossenen Räumen, Belüftungsintervalle, mussten Kolleg\*innen und Eltern beruhigen und informieren, kurzfristig Pläne erstellen für Fern-, Wechsel- und Präsenzunterricht, Bescheinigungen über alle möglichen Dinge einfordern, Bestellungen über digitale Endgeräte aufnehmen, eine Standleitung zum Gesundheitsamt und zu den Aufsichtsbehörden haben und permanent mit dem Schulträger im Kontakt sein. Nebenher war noch Unterricht zu halten, Einschulungs- und Entlassfeiern sowie Prüfungen zu organisieren. Sorgen um das Wohl der Kinder und Jugendlichen waren ein ständiger Begleiter. Häufig kamen und kommen



immer noch Landesverordnungen, die umgesetzt werden müssen, freitags, am Wochenende oder in den Ferien. Diese Sommerferien waren für viele Schulleitungen die ersten in eineinhalb Jahren, in denen sie mehr als ein verlängertes Wochenende durchatmen und Kräfte zurückgewinnen konnten. In dieser Situation kam ein Koalitionsvertrag wie gerufen, in dem stand, dass eine **kurzfristige Entlastung der Schulleitungen** geprüft werde. Kultusministerin Theresa Schopper muss alles dafür tun, dass viele Schulleitungen nicht noch ernsthafter als bisher über das Aufhören nachdenken, sondern Rahmenbedingungen vorfinden, die ihnen ein gesundes und konzentriertes Arbeiten ermöglichen. Die GEW setzt sich wegen des erhöhten Organisationsaufwandes dafür ein, Schulleitungen von der Unterrichtsspflicht zu entbinden und ihnen den Rücken zu stärken.

Der konkrete GEW-Vorschlag für den nächsten Schritt: Jede Schule bekommt einen **zusätzlichen Sockel von 4 Wochenstunden für die Anrechnungsstunden der Schulleitungen**. Schulleitungen können auch die Mindestunterrichtsverpflichtung von 4 Stunden unterschreiten.

## Digitalisierung

Im Bereich der Digitalisierung haben Bund und Land mit dem Digitalpakt Schule sowie den zusätzlichen Fördermitteln für Leihgeräte für Schüler\*innen und Lehrkräfte erste wichtige Schritte gemacht. Es braucht weitere Unterstützung und Investitionen, damit die Digitalisierung der Schulen gelingen kann. Noch immer berichten uns zahlreiche Schulen, dass die vorhandene Bandbreite in den Schulen keinen sinnvollen digitalen Unterricht erlaubt. Noch immer gibt es **Schulen, die über keinen Anschluss an das Internet** verfügen, da keine entsprechenden Leitungen gelegt wurden. Ebenso stehen immer noch nicht für alle Schüler\*innen **Leihgeräte** zur Verfügung, was besonders oft die Kinder und Jugendlichen trifft, deren sozioökonomischer Hintergrund kein eigenes digitales Endgerät für alle Familienmitglieder zulässt.

Es konnten auch noch nicht allen Lehrkräften Leihgeräte zur Verfügung gestellt werden, da die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel dafür nicht ausreichen, sondern vorsehen, dass mehrere Teilzeitlehrkräfte sich ein Gerät teilen. Susanne Eisenmann hat im Februar 2021 im Wahlkampf auf einer GEW-Veranstaltung versprochen, dass in diesem Fall die Landesregierung weitere Geräte finanziert. Darauf warten die Schulen bis heute vergebens.

Bisher kann nicht überall sinnvoller digitaler Unterricht gestaltet werden. Damit die bereitgestellten Mittel aus dem Digitalpakt Schule überhaupt dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden, müssen diese bedarfsgerecht eingesetzt werden können. Darüber hinaus braucht es eine klare Abstimmung zwischen Land und Kommunen, damit die Digitalisierung nicht auf dem Weg zwischen diesen beiden Entscheidungsträgern auf der Strecke bleibt.

Um die Digitalisierung an Schulen erfolgreich umsetzen zu können, braucht es auch besseren technischen Support, um die Lehrkräfte vor Ort zu entlasten und eine rechtssichere und datenschutzkonforme Nutzung der Geräte und Systeme sicherzustellen. Auch eine funktionierende **digitale Bildungsplattform** ist notwendig. Der gesamte Digitalisierungsprozess sollte durch sinnvolle Fortbildungsangebote ergänzt werden.

## **ZSL und Qualität**

Das sogenannte **Qualitätskonzept** war das zentrale Vorhaben der letzten grün-schwarzen Landesregierung. Mit der Gründung der beiden Institute ZSL (Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung) und IBBW (Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg) ging ein massiver Umbau der Schulverwaltung und der Aus- und Fortbildungssysteme einher. Bisher zeigen sich vor allem im Bereich der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte sowie der Begleitung der Schulen noch kaum Auswirkungen. Das ZSL ist immer noch mit dem Aufbau von Personal und Strukturierungs- und Zuständigkeitsfragen mit der Schulverwaltung beschäftigt. Es zeigt sich, dass das System unterfinanziert ist, dass die Organisation teilweise zu komplex ist und dass die Arbeitsprozesse mit der Schulverwaltung noch in keiner Weise rund laufen. Hier muss die Landesregierung schnell nachsteuern. Ansonsten werden die richtigen Ziele, die mit dem Qualitätskonzept verbunden sind, nicht erreicht.

**Lassen Sie mich allen am Schulleben Beteiligten, den Schulleitungen, Lehrkräften, pädagogischen Assistent\*innen, Erzieher\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen, Schulpsycholog\*innen, Sekretär\*innen, Hausmeister\*innen und dem Reinigungspersonal herzlich danken für die besondere Kraftanstrengung der letzten eineinhalb Jahre.**

**Den Schüler\*innen möchte ich danken für ihre unglaubliche Disziplin und ihre enorme Geduld.**

**Ich wünsche allen einen gelungenen Start ins neue Schuljahr: Spaß, Freude am Lernen, Entdecken und an Neuem, gute Begegnungen, viel Austausch, Neugierde und vor allem eine stabile Gesundheit!**